

mittendrin

Ausgabe 2/2011
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

S-Bahn in kommunale Verantwortung bringen!

Es müssen dauerhafte Lösungen her



Foto: Archiv

Bei der Berliner S-Bahn läuft derzeit nichts rund

Die S-Bahn macht den Berlinerinnen und Berlinern zurzeit den meisten Ärger. Die rot-rote Koalition konzentriert sich auf diese Forderungen: S-Bahnverkehr sichern, Kunden entschädigen, Verantwortung von Bund und Bahn abfordern, Perspektiven für ein kommunales S-Bahn-Unternehmen ausloten.

Tatsache ist: Die Anstrengungen der Berliner S-Bahn reichten nicht aus, um ein stabiles Nahverkehrsangebot zu erbringen.

Der Bund als Eigentümer der Deutschen Bahn AG hat jahrelang zugesehen, dass der Schienennahverkehr in der Bundeshauptstadt von einem bundeseigenen Unternehmen DB AG kaputt gespart wurde. Der Bahnkonzern hat in den letzten Jahren Arriva mit drei Milliarden oder Stuttgart 21 mit sieben Milliarden finanziert. Von seiner falschen Strategie wurde nichts zurückgenommen. Der Bund schaut weg, wenn die DB AG nicht bereit ist, ihre Unternehmensstrategie grundsätzlich zu ändern, sondern

den einzig Schuldigen bei der Fahrzeugindustrie auszumachen sucht. DB Netz ist nicht in der Lage, die Gleise benutzbar zu halten, übrigens nicht nur in Berlin. Der Bund lässt zu, dass das innerbetriebliche Missmanagement der DB AG unter Hartmut Mehdorn bis heute nicht aufgearbeitet wurde.

Es ist ein Skandal ohnegleichen, dass der verfassungsmäßig gebotene Grundsatz der Gemeinwohlorientierung der Bahn von Herrn Grube, genauso wie vorher von Herrn Mehdorn, nicht zur Kenntnis genommen wurde und wird. Auch die Bundesverkehrsminister der vergangenen Jahre, Herr Stolpe, Herr Tiefensee und Herr Ramsauer zeigten sich nicht willens und fähig, diese Gemeinwohlorientierung in einem öffentlichen Unternehmen durchzusetzen. Sie konnten sich dabei immer der Rückendeckung der jeweiligen Bundesregierung sicher sein, egal ob die sich aus Rot-Grün, Schwarz-Rot oder Schwarz-Gelb zusammensetzte.

Bahnchef Grube hat die Chance vertan,

den Kunden konkrete Entschädigungsleistungen anzukündigen. Stattdessen brüstet er sich, dass die Deutsche Bahn AG bis 2014 700 Millionen Euro für die Beseitigung der Missstände bei der Berliner S-Bahn ausgeben wird. Hätten Herr Mehdorn und Herr Grube diese Missstände gar nicht erst entstehen lassen, dann wären diese Aufwendungen nicht nötig gewesen. Die Kunden nehmen lange Umwege, Wartezeiten und Erschwernisse in Kauf. Die über 400 000 Abonnenten in Berlin haben alle bezahlt, tun das bis heute und bekommen nicht das, wofür sie bezahlt haben. Wir verlangen eine Entschädigungsleistung für diese Kunden, und zwar umgehend und mindestens in der Höhe wie im vergangenen Jahr!

Das Krisenmanagement der Bahn verlässt sich übrigens darauf, dass das kommunale Unternehmen BVG wegen der S-Bahnmisere seit Jahren mehr Leistungen erbringt, um die Fahrgäste der S-Bahn aufzufangen. Gäbe es die kommunale BVG nicht, wäre das Desaster noch viel größer. Die BVG, die gewiss genügend eigene Probleme hat, fährt das weg, was die S-Bahn liegen lässt. Das ist die Wahrheit über die Leistungsfähigkeit kommunaler Verkehrsunternehmen. Und dafür gebührt auch den BVGern Dank und Anerkennung.

Dauerhafte Lösungen müssen die Gemeinwohlorientierung an die Wirtschaftsziele des Unternehmens binden. Also: Raus mit der S-Bahn aus den Finanzkreisläufen des international orientierten DB-Konzerns – allerdings bitte erst nach der Wiedergutmachung der S-Bahnmisere in Berlin – und dann rein mit kommunaler Steuerung durch das Land Berlin.

Das ist der einzige Weg, um das Ausplündern der S-Bahn zur Finanzierung von Interessen, die außerhalb des Berliner Nahverkehrs liegen, zu verhindern. Ein anderes privates Unternehmen, wie es Grüne, FDP und IHK vorschlagen, das anderen privaten Konzernstrukturen unterliegt, kommt über kurz oder lang in ähnliche Nöte wie die Berliner S-Bahn jetzt. **Jutta Matuschek (MdA)**

Wissen, was läuft

Diskussion zur Berliner Landes- und zur Kommunalpolitik.

Themenswerpunkt: Wohn- und Mietpolitik. Mit *Uwe Doering, MdA;*

Kadriye Karci, MdA; Petra Schrader, Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport

Dienstag, **22. Februar, 19 Uhr**, Karl-Liebknecht-Haus, Saal 1
(U-Bhf Rosa-Luxemburg-Platz)

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Einen peinlichen und in der langjährigen Praxis der BVV wohl einmaligen Akt leisteten sich SPD und Grüne gleich in der ersten Sitzung des Jahres. Sie stimmten mit ihrer Mehrheit einen gerade in der Dezembersitzung von der BVV beschlossenen Antrag zum Mauerpark nieder.

Die BVV hatte darin das Bezirksamt aufgefordert, bis zur Auswertung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung für den B-Plan 1-64 Mauerpark und der Erörterung deren Ergebnisse in den Fachausschüssen der BVV alle Aktivitäten einzustellen, die eine Entscheidung für die weitere Entwicklung des Mauerparks vorwegnehmen könnten. Konkret sollte die Arbeit der von Stadtrat Gothe einberufenen Bürgerwerkstätten und anderer Gremien so ausgestaltet werden, dass sie der Auswertung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung nicht vorgeht. (Mittendrin berichtete) Denn an dieser Bürgerbeteiligung haben über 1300 Bürgerinnen und Bürger ihre Einwände und Vorschläge zur vorliegenden Planung eingebracht. Wie es aus Bezirksamtsräumen munkt, soll keiner der Einwände in die Planung Eingang finden. Bei soviel Missachtung von Bürgermeinung – Stuttgart lässt grüßen – wäre der Verweis auf andere Formen von Bürgerbeteiligung vielleicht mildernd.

Während die Grünen, gemeinsam mit der



Bericht aus der BVV
Von Elke Reuter

Rolle rückwärts der Grünen

Linksfraktion und der CDU, noch in der Dezembersitzung mit der Zustimmung zum Antrag »Mauerpark - Schritt für Schritt oder Alles zu seiner Zeit« (DIE LINKE 1917/III) diesen Bürgern den Rücken stärkten, vollzogen sie einen Monat später die Rolle rückwärts und stimmten mit der SPD für das Gegenteil. Sven Diedrich, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Linksfraktion, sprach von einer politischen Farce, die den Bürger nur den Kopf schütteln lässt und zu der - von Politikern stets beklagten - Politikverdrossenheit führt. Das Bezirksparlament würde auf diese Art und Weise lächerlich gemacht. Eine Er-

klärung der Grünen gab es nicht – wie auch, man hatte wahrscheinlich im Dezember nur an der falschen Stelle die Hand gehoben – dafür aber »Schimpfe« gegen Linke und CDU-Fraktion, die die Wankelmütigkeit der Grünen und deren Folgen beim Namen nannten. (Was wird das Bezirksamt tun, es hat jetzt zwei – im Inhalt konkurrierende – beschlossene Anträge der BVV?)

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Anfragen u.a.:

■ **Gibt es Beschwerden** gegen das Stattfinden der Fashion Week auf dem Bebelplatz, der nach Beschluss des Abgeordnetenhauses nicht mehr für diese würdelose Nutzung zur Verfügung stehen sollte? Wie ist durch das Bezirksamt gesichert, dass – auch wenn bisher kein neuer Standort für die Fashion Week im Sommer 2011 gefunden wurde – die jetzt laufende Veranstaltung die definitiv letzte auf dem Bebelplatz ist? (DIE LINKE) 1985 / III

■ **Wie begründet das Bezirksamt** die Tatsache, dass zwei Jahre nach der Großen Anfrage von Bündnis 90/Grüne (Juni 2008, DS 0850/III) – »Der lange Weg zum Integrationsbericht« – und ein dreiviertel Jahr nach der Großen Anfrage der Fraktion Die LINKE – »Wird aus dem langen Weg eine unendliche Geschichte?« (DS 1659/III) – zum Ausbleiben eines jährlichen Integrationsberichts bis dato noch immer kein Integrationsbericht vorliegt? Wie bewertet das Bezirksamt die Tatsache, dass auch die III. Wahlperiode zu Ende gehen wird, ohne dass eine praktische Umsetzung von Zielen/Aufgaben/ Maßnahmen erfolgen kann? Ist das Bezirksamt der Meinung, dass die Tatsache, der Aufforderung der BVV-Mitte vom November 2002, einen jährlichen Integrationsbericht zu erstellen, bislang nicht nachgekommen zu sein, im Januar 2011 noch immer überzeugend mit dem Hinweis auf personelle Ressourcen, die erst seit reichlich andert-halb Jahren zur Verfügung stünden, begründet werden kann?

Teilt das Bezirksamt die Auffassung, dass in einem Bezirk mit einem hohen Anteil an Migranten und Migrantinnen die Erstellung und Umsetzung eines auf die Problematiken und (finanziellen) Möglichkeiten dieses Bezirkes zugeschnittenen Integrationsprogramms vordringliche politische Aufgabe hätte sein müssen? Wenn ja, in welchen Abschnitten/Etappen sollen welche Akteure wie eingebunden werden und welchen realistischen Zeitraum sieht das BA für die Erarbeitung eines fundierten Integrationsprogramms als notwendigerweise zu veranschlagen an? Wenn nein, welchen politischen Stellenwert hat dann ein Integrationsprogramm für das Bezirksamt?

(DIE LINKE) 1948 / III

Blick aus dem Amt:

Sexuelle Identität ist Grundrecht

Vor gut einem Jahr hat der rot-rote Senat unter der Überschrift »Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt« einen Maßnahmenplan gegen Homophobie vorgelegt. Die BVV unseres Bezirks hat die Erarbeitung eines Aktionsplanes gegen Hassgewalt gegenüber Menschen anderer sexueller Orientierung beauftragt.

Es geht um den Schutz, den Respekt und die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Transsexuellen, Transgendern, Bisexuellen, Intersexuellen und natürlich von heterosexuellen Frauen und Männern. Es geht um den Schutz der sexuellen Identität und damit um ein Grundrecht jedes Menschen.

Es ist leider immer noch gesellschaftliche Realität in unserem Land, dass Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt und diskriminiert werden. Das zeigt sich nicht nur in abfälligen Äußerungen und tätlichen Angriffen, sondern leider auch immer noch im deutschen Rechtssystem.

Das Land Berlin hat dem Aspekt »Bildung und Aufklärung stärken« in seinem Maßnahmenplan hohe Priorität eingeräumt und fördert in erster Linie die Qualifizierung von Schlüsselpersonen und pädagogischen Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe im

Umgang mit sexueller Vielfalt. Ende Januar hat im »Haus der Jugend« die Auftaktveranstaltung stattgefunden. Eines ist klar: Wir dürfen es nicht dulden, wenn junge Menschen sich diskriminierend gegen Menschen anderer sexueller Orientierung verhalten, weder auf Schulhöfen, Sportplätzen noch anderswo. Es geht jedoch auch darum Kompetenzen zu entwickeln, um junge Menschen zu unterstützen, die feststellen, dass sie anderer sexueller Orientierung sind, sie zu beraten und ihnen Mut machen, selbstbewusst damit umzugehen.

Anfang Januar hat Senatorin Carola Bluhm der Hedwig-Dohm-Oberschule den »Respekt-Preis« des Bündnisses gegen Homophobie übergeben. Herzlichen Glückwunsch! In Projekttagen haben sich Schülerinnen und Schüler mit den eigenen Vorurteilen befasst und ihre Einstellungen verändert. Die Bezeichnung »schwul« wird nicht mehr als Schimpfwort benutzt.

Petra Schrader

Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport



Foto: Archiv

Bürgerarbeit, ein Weg in den ersten Arbeitsmarkt?

Ein Gespräch mit Elke Breitenbach (MdB)



Foto: Archiv

Elke Breitenbach ist Arbeitsmarktexpertin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Bürgerarbeit ist konsequentes Fördern und Fordern«, lautet die Überschrift zu einem sogenannten Modellprogramm zur Integration von Langzeiterwerbslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Wir befragten hierzu Elke Breitenbach, arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Was ist Bürgerarbeit?

Elke Breitenbach: Bürgerarbeit klingt ähnlich wie der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor in Berlin, ist aber in Wahrheit eine Mogelpackung. Bei der Bürgerarbeit sollen Arbeitsverhältnisse für langzeiterwerbslose Menschen geschaffen werden, bei denen sie aber unter miesen Bedingungen eingestellt werden, und letztlich mit einem Niedriglohn beschäftigt werden. Der Bürgerarbeit voraus geht, dass diese Menschen eine sogenannte Aktivierungsphase durchlaufen müssen, von einem halben Jahr, danach wird entschieden, ob sie in die Bürgerarbeit überhaupt reinkommen, können aber jederzeit aus diesem Arbeitsplatz »Bürgerarbeit« vom Jobcenter herausgenommen werden, sie bleiben dem Jobcenter erhalten und das Jobcenter wird weiterhin den Menschen sagen können, was sie zu tun oder zu lassen haben.

Was sind die Kriterien der Bürgerarbeit?

Elke Breitenbach: Die Kriterien der Bürgerarbeit sind zum einen, dass die Arbeitsplätze die dort geschaffen werden, gemeinwohlorientiert sind, und dass sie zusätzlich sind, das heißt, es dürfen keine Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt verdrängt werden, ich darf also nicht den Hausmeister einer Schule entlassen und dafür einen Hausmeister über die Bürgerarbeit einstellen.

34 000 Bürgerarbeitsplätze wird es geben, für einen Festbetrag, damit werden Arbeitsentgelt und Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers abgedeckt, von 1.080,- € brutto monatlich für 30 Wochenstunden und 720,- € brutto für 20 Wochenstunden. Kann unter diesen Bedingungen eine Integration in den erste Arbeitsmarkt gelingen?

Elke Breitenbach: Nein, für Arbeitsplätze in der Bürgerarbeit, bei denen es 7,50 € pro Stunde gibt, also bei 30 Stunden sind das etwa 900 €, davon kann man nicht leben. Zu den 30 Stunden kommen übrigens noch 10 Stunden hinzu, was Frau von der Leyen in diesen 10 Stunden Coaching über mehrere Jahre 10 Stunden wöchentlich machen will, ist bisher auch nicht klar. Aber egal wie, dieses Coaching oder diese Weiterbildung soll nicht bezahlt werden. Die Menschen werden also

40 Stunden beschäftigt, aber nur 30 Stunden werden bezahlt!

Es werden Rentenversicherung und Gesundheitsversorgung bezahlt, nicht bezahlt wird, die Arbeitslosenversicherung. Das heißt alle, die irgendwann aus der Bürgerarbeit rausgehen und nicht auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I, sie verbleiben immer in ALG II.

Welches Konzept verfolgt die Linke?

Elke Breitenbach: Wir haben als die Linke in Berlin ein anderes Projekt entwickelt, das ist der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor. Damit ist es uns in Berlin gelungen, für Erwerbslose sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen, wo sie auch 7,50€ pro Stunde verdienen, mindestens, weil sie tariflich bezahlt werden müssen, so werden mindesten 1300,-€ gezahlt, was auch nicht üppig ist, aber damit ist man aus dem staatlichen Leistungsbezug raus und kann erst einmal wieder eigenständig leben und entscheiden. Perspektivisch müsste man den ÖBS, wie wir ihn in Berlin haben, ausbauen, als einen Sektor zwischen Staat und Markt

Wir danken für das Gespräch.

Klemens Domning

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats

von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum

«Bürger für Bürger» der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin

und am letzten Mittwoch jedes Monats

im Rathaus Tiergarten,

Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin,

Raum 505 – 5.Etage.

Termine im LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Jeden 1., 2., 3. und 4. Mittwoch im Monat:

kostenlose Beratung zu Hartz IV/ Schuldnerfragen sowie Wohnung/Miete durch die Rechtsanwälte Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

Jeden Donnerstag ab 16.00 Uhr

Schülernachhilfe für Schüler der 1. bis 7. Klasse (Anmeldung unter 28705751)

Treffpunkt Kunsthaus

In ein Kunsthaus wird sich die ehemalige jüdische Mädchenschule in der Auguststraße 11 – 13 verwandeln. Alle rechtlichen Schritte sind getan, es wurde ein Mietvertrag mit dem Berliner Galeristen Michael Fuchs geschlossen, der das Gebäude sanieren lassen wird. Es soll ein Ort für nationale und internationale Künstler, Sammler, Galeristen entstehen; hier werde auch Kunst gezeigt und verkauft. Das künftige Gebäude könnte später mit weiteren einstigen jüdischen Häusern in der Nachbarschaft bis zur Synagoge Oranienburger Straße ein bedeutender Anziehungspunkt werden.

Manege komplett

Ein Zirkusspielplatz an der Adolfstraße 13 in Wedding ist komplett. Zwei eigens angefertigte Kletterelefanten laden zum »Buckelrunterrutschen« ein. In der Manege gibt es allerlei Seile, Netze und Sprossen zum Laufen, Balancieren, Hangeln oder Schaukeln und eine Sprossenbrücke. Die Umgestaltung der 4000 Quadratmeter großen Freifläche wurde aus dem staatlichen Programm »Soziale Stadt« finanziert. Anwohner haben begeistert ihre Anregungen beigegeben.

Streit mit Großmarkt

Ein Vermittlungsgespräch zwischen Investor und Bürgerinitiative über einen Gastronomie-Großmarkt an der Siemensstraße in Moabit hat zu keiner Einigung geführt. Die Anwohner fordern für das geplante große Gebäude statt der vorgesehenen drei Meter Abstand zur Grundstücksgrenze an der Straße eine Abstandsfläche von 10 Metern und damit den Erhalt von schönen alten Pappeln für die bisherige Lebensqualität der Bürger.

»Leselust« kommt gut an

Eine Bürgerbefragung in den Stadtteilen Tiergarten, Wedding und Mitte hat ergeben, dass für 98 Prozent der Bürger öffentliche Bibliotheken sehr wichtig sind. Die meisten Leser wünschen sich noch mehr Informationen über Bibliotheksangebote, erweiterte Öffnungszeiten und auch ein größeres Angebot an mehrsprachigen Medien. Die Umfrage wurde im Rahmen des Projekts Leselust auf den Weg gebracht.

Quellen: Berliner Tageszeitungen/de

Menschen in Mitte – Fred Kutzner:

Unterwegs im Rollstuhl für barrierefreie Mitte Berlins



Foto: Herold

Fred Kutzner

Falls Sie auf dem Alex, in der Friedrichstraße oder auf der Museumsinsel einem Stadtführer auf einem Rollstuhl begegnen, dann kann es nur Fred Kutzner sein. Spannend und mit viel Humor erklärt der Urberliner – er selbst nennt sich »eine Bulette« – interessierten Bayern, Hamburgern oder Wienern ehrenamtlich seine Heimatmetropole.

»Behindert, aber dennoch nützlich zu sein, gebraucht zu werden, gibt meinem Leben einen hohen Sinn«, sagt der stellvertretende Vorsitzende des Behindertenbeirates Berlin-Mitte von sich. »Ohne Fred könnte ich oft nur weniger erfolgreich meine Aufgaben erfüllen«, betont die Bezirksbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Hiltrun Knuth. Zu den meisten Ortsterminen gehen die beiden gemeinsam. So hätten langwierig Briefe geschrieben, Gespräche beantragt werden müssen, um zum Beispiel den durch ein überdimensionales Werbeschild versperrten Zugang für Gehbehinderte zum neuangelegten Petrikirchplatz zu öffnen. »Ich stand kopfschüttelnd mit meinem Rollstuhl vor dem Hindernis«, erinnert sich Fred Kutzner, »und rief

einem in der Nähe Beschäftigten zu – er war zufällig einer der Chefs der archäologischen Grabungen dort – ob der Platz für mich verboten sei. Innerhalb von Minuten war das Schild verschwunden. Ich habe auch dem Straßen- und Grünflächenamt, das das Venusbassin im Tiergarten renovierte, demonstriert, dass die neuen Treppen für Rollstuhlfahrer unpassierbar sind. Bald darauf wurden nachträglich Rampen für uns errichtet«. Gern würde er erleben, dass alle S- und U-Bahnen und die Busse zwischen Ostbahnhof und Friedrichstraße durchgängig barrierefrei erreichbar sind.

Behindert und dennoch nützlich sein

Nach seinem 10. Geburtstag hatten die Ärzte bei Fred einen schweren Herzfehler erkannt. Sportunterricht und große Anstrengungen wurden sofort für ihn gestrichen. »Nach der Schule ging ich mehrmals in der Woche in die große Bücherei in der Mollstraße, las manchmal bis zu 50 Seiten an einem Tag – vor allem über die spannende Geschichte der Menschheit. Dieses reiche Wissen hilft mir noch jetzt bei vielen Gesprächen oder bei der Beantwortung von Fragen von Besuchern der Hauptstadt.« Jahre nach seiner Herzoperation hatte ein gefährliches Hirnbluten zur halbseitigen Lähmung geführt.

Fred Kutzner wohnt in der vierten Etage eines der Hochhäuser in der Leipziger Straße, verteidigt auch hier die Interessen seiner Nachbarn im Mieterbeirat. Und mindestens einmal in der Woche meldet sich Hiltrun Knuth telefonisch: »Fred, hast du Zeit? Ich brauche wieder einmal deine Hilfe«. Und schon rollt er aufs neue durch Berlins Mitte.

Matthias Herold

Festival Musik und Politik

Vom 24. bis 27. Februar 2011

Bereits am 13. Februar gibt es im Maxim-Gorki-Theater ein Festival-Vorspiel mit der »Schicksalssinfonie« (von Steffen Mensching und Michael Kliefert) des Theaters Rudolstadt. Am 24. Februar beginnt das Festival in der Wabe mit einer Record Release Party von Haase & Band.

Die »Liederbestenliste« ist mit einem Konzert, in dem der Jahrespreisträger Manfred Maurenbrecher die Nachwuchskünst-

ler Johanna Moll und Roger Stein vorstellt, vertreten.

Länderschwerpunkt des nächsten Festivals ist Österreich. In einem Vortrag wird die etwa 200-jährige Geschichte des Wienerliedes im Hinblick auf die (gesellschafts-)politische Relevanz dieses Genres abgeklopft. Im Konzert »Wiener Schmah« spielen Die Strottern, Ernst Molden und Walther Soyka sowie »9dinger und die geringfügig Beschäftigten«.

Informationen: <http://www.songklub.de/festival-musik-und-politik/>

Gebäude in Mitte

100 Jahre Altes Stadthaus

Foto: Archiv



Anfang des 20. Jahrhunderts herrschte in Berlin eine rege Bautätigkeit. Die wirtschaftliche Entwicklung nahm einen rasanten Aufschwung. Parallel dazu wuchs die Bevölkerung jährlich um ca. 50.000. Es entstanden deshalb nicht nur die berühmt-berüchtigten Hinterhof-Kasernen, sondern auch zahlreiche Verwaltungsgebäude.

In diesen Jahren entstanden Bauwerke wie das Lehrervereinshaus am Alexanderplatz und Verkehrseinrichtungen wie die U 2, aber auch äußerst bemerkenswerte künstlerische Werke wie der Grafizyklus »Bauernkrieg« von Käthe Kollwitz.

Zu den imposanten Bauwerken gehört auch das Stadthaus. Die Kapazität des 1869 fertig gestellten Roten Rathauses reichte nicht mehr aus; ein zweites, größeres Verwaltungsgebäude musste her. Nach Jahren der Planung entstand nach Entwürfen des Stadtbaurates Ludwig Hoffmann der imposante Bau am Molkenmarkt als ein »zweites Rathaus«. Es sollten nicht nur rund 1000 (Beamten-)

Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern auch repräsentative Sitzungssäle. Es wurde ein Monumentalgebäude mit fünf Innenhöfen errichtet, das einerseits Platz für städtische Verwaltungen und sowie eine Halle für große Feierlichkeiten bieten sollte. Auch der rund 80 Meter hohe Turm des Stadthauses hatte Repräsentationsfunktion. Da es Berlin in jenen Jahren wirtschaftlich sehr gut ging, gab es keinerlei Auflagen hinsichtlich Sparsamkeit. Die Eröffnung fand in Etappen zwischen 1908 und 1911 statt.

In den 30er Jahren wurde gegenüber dem Stadthaus in der Parochialstraße ein weiteres Verwaltungsgebäude in ähnlichem Stil errichtet. Zur Unterscheidung der beiden Gebäude erhielt dieses den Beinamen »Neues Stadthaus«, während das bestehende seitdem »Altes Stadthaus« heißt.

Das Alte Stadthaus wurde im Krieg stark beschädigt, so dass sich nach der Befreiung im Mai 1945 die Stadtverwaltung zunächst im Neuen Stadthaus etablierte. 1955 konnten die Räume im Alten Stadthaus wieder genutzt werden. Es zog hier der Ministerrat der DDR unter dem damaligen Ministerpräsidenten Otto Grotewohl ein. Heute residiert hier das Bundesinnenministerium. Das Neue Stadthaus ist Sitz der BVV Berlin-Mitte.

Denis Ruh

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

**Fraktion DIE LINKE
in der BVV Mitte von Berlin**

Montag 16.30 – 17.30 Uhr und
am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr
im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3,
10178 Berlin, Raum 323,
Telefon: 9 01 82-45 65

Bei anderen gelesen

Der Boulevard der Schande

Tretminen, Zäune und Müll lassen Sterne erblassen. Vom Glamour-Laufsteg zum Schandfleck. Der Boulevard der Stars am Potsdamer Platz, gedacht als Touristenattraktion, zum Schnuppen von Promiluft, verfällt und verdreckt. Der Streifen verbreitet Tristesse, Ekel und Kopfschütteln. Selbst Berlin-Liebhaber machen einen großen Bogen um den »Müll-Steg«.

Berliner Kurier, 18.01.2011

Die falsche Debatte

Beim Thema Einwanderung tun viele so, als könnten sie die Realität abschaffen, weil sie anstrengend ist. Vor allem Politiker sollten sich diesen Fluchreflex verkneifen. Seit Wochen tobt in Politik, Zeitungen und Talkshows eine Debatte darüber, welche Rolle zugewanderte Menschen in unserer Gesellschaft zu spielen haben und wie diese zu begründen ist. Der Tenor ist verletzend, nicht nur für die Menschen mit Migrationshintergrund, sondern für alle, die ausdauernd zum Gelingen unserer Einwanderungsgesellschaft beitragen. Leider dient die Debatte der Polarisierung, nicht der Integration.

»Frankfurter Rundschau«, 18.01.2011

Unwort Alternativlos

»Alternativlos« ist zum Unwort des Jahres 2010 gekürt worden. Angela Merkel erklärte alles für alternativlos, was ihre Regierung in den wenigen Pausen zwischen den innerkollaborativen Scharmützeln verkorkst. ...Nichts ist für sie diskutier- oder gar veränderbar, alles geradezu gottgewollt. Man kann derlei Haltung undemokratisch, arrogant oder zynisch nennen. ... Alternatives Denken birgt Gefahren. Erst stellen die Wähler Gesetze, später die Regierenden und irgendwann das ganze Gesellschaftsmodell auf den Prüfstand. Politik ist ein komplexes, dynamisches System. Jedes Beharren auf Alternativlosigkeit mündet im Scheitern.

»Neues Deutschland«, 19.01.2011

69. Plänterwaldlauf am 13. Februar

Der ABC Zentrum Berlin e.V. ruft alle laufbegeisterten Berliner zur Teilnahme am traditionellen Plänterwaldlauf auf. Zum 69. Mal können sich am 13. Februar Frauen und Männer aller Altersgruppen auf den Laufdistanzen fünf, zehn, 15 und 20 Kilometer messen. Fragen und Anmeldungen bitte an Kai-Thomas Arndt, Tel. 206 71 616 oder per E-Mail sport@abczentrum-berlin.de

Kiezgespräch

Donnerstag, 10. Februar 2011

18 Uhr Kiezgespräch zum Thema

**»Schließung der Müllschlucker -
wohin mit dem Müll?«**

Für die Beantwortung Ihrer Fragen rund um diese Problematik haben wir kompetente Ansprechpartner eingeladen.

Stadtteilzentrum »Club Spittelkolonnen«, Leipziger Str. 47, 10117 Berlin
Eingang: Jerusalemer Straße / Ecke Krausenstraße

Wo viel Merkel ist, ist auch viel Schatten

Die Distel erkundet das Leben »Jenseits von Angela«



Foto: Thomas Grünholz

»Merkel ist futsch« – Dorina Pascu in der topaktuellen Parodie der Distel

Unionskanzlerin Merkel ist ausgebüchst. Sie will nicht mehr. Schnell muss jemand Neues gefunden werden – unionsgerecht angepasst soll er sein, volksverbunden und dumm genug, dass er

fügsam bleibt für alle, die in Merkels Schatten ein Süppchen kochen.

Da schnarcht im Zuschauerraum ein Mr. Jedermann – gegeben von dem wunderbaren Edgar Harter. Dorina Pascu (Praktikantin Pofallas)

Spaziergang durch ein dokumentiertes Leben

Eine fotografische Erzählung



historischem Respekt diente das Hinterhofgebäude weiterhin der Lagerung von Kosmetika. Seinerzeit forderten Geschichtsbewusste eine Gedenktafel und die musealkulturelle Nutzung des Hauses. In diesem Jahrhundert riss ein neuer Eigentümer für eine jüdische Institution aus Übersee die inneren Wände ein.

Moralischer Denkmalschutz wendete sich zum Bürgerprotest und Nichtjuden erwarteten

von Juden die Bewahrung der steinernen Geschichte, als jene schon an der jüdischen Gegenwart für die Zukunft bauten. Heute ist das Haus als »Die Judenschule« Thema eines Fotobuchs (www.tomsand.com/portfolio/judenschule.html). Der Titel mag ungute Asso-

Wo heute ein Frisör ist, ging ich zum Fleischer, die Wäscherei daneben wusch in den 60ern auch Stoffwindeln. Irgendwann wurde in der östlichen Brunnenstraße eine gewesene Privatsynagoge entdeckt, doch mangels

und Timo Doleys (Kopierbeauftragter von der Leyens) als Casting-Beauftragte der beiden Regierungsparteien finden in dem schnarchenden Volksvertreter den Merkel-Nachfolger. Aber die Schnarchnase erweist sich mit schlichtem Gemüt und einer Neigung zur Ehrlichkeit als harte Nuss für die Kanzlermacher der unheiligen FDP-CDU-Union.

Man mag bedauern, dass etwa die Hotelsteuern oder die Gesundheitsreform gegenüber einem Dioxinskandal leicht verschlissene Feindbilder bedienen. Gleichwohl, was die Akteure auf der Bühne abliefern, macht Spaß, ist kabarettgerecht. Wer sonst dürfte so die Holzkeule schwingen. Und das ist mehr als die feinen Stiche einer Distel.

Die Zuschauer danken. Ovationen, ein ausverkauftes Haus – trotz ziemlich hoher Kartenpreise und einem Theater, das schwarze Wände mit schwarzem Humor gleichzusetzen scheint. »Jenseits von Angela« findet sich in einer Reihe von auf die Regierungsparteien gerichteter Spottschleudern der Distel. Dazu gehören etwa Das Guido-Prinzip und Das Schweigen des Lammert. Das eine führt den Rhetorikrambo von der Wunsch-dir-was-Partei vor, das andere – an Stuttgart 21 angelehnt, zeigt den Aufstand dreier Provinzler gegen die Operettenpolitik dieses Null-Bock-Parlamentes: dem Lammert die Leviten lesen....

Das 1953 eröffnete Kabarett-Theater DISTEL liegt direkt am S/U-Bahnhof Friedrichstraße. »Jenseits von Angela« wird noch vom 31.01. – 05.02.2011 gespielt (Karten unter 030/204 47 04 oder unter www.distel-berlin.de).

Verena Werthmüller

ziationen wecken, doch die »fotografische Erzählung« von Thomas Sandberg belegt eine intime Gegenwart. Über Jahre dokumentierte er All- und Feiertägliches an jenem Ort, der wieder Jeshiwah, jüdisches Lehr-, Lern-, Wohn- und Bethaus ist, fixierte er hinter verspiegelten Fenstern, in Hof und Studierstuben mitten in Berlins Mitte ein modern orthodoxes jüdisches Leben. Er hat kleine Knaben beim Studieren der Schriften fixiert, Hochzeiten, die rituelle Beschneidungszeremonie, Purimfest und Koscherladen. Schwarzweiß sehen uns überwiegend junge Männer in die Augen, andere Bilder bestechen farbig durch Bücher, Kultgegenstände und Frauen mit Kinderwagen auf der Straße. Älter ist nur ein alter Rabbiner.

Sandbergs jüdische Gegenwart ist keine ausgelöschte Welt im polnischen Stetl, die Roman Vishniacs historische Fotos verewigt haben. Die Bilder aus der Brunnenstraße sind bis 26. Februar mittwochs bis sonnabends 15 – 19 Uhr in der Galerie 92 des Prenzlberger Stadtteilzentrums am Teutoburger Platz, Fehrbelliner Straße 92, zu sehen, im einst jüdischem Kinderheim, dessen Geschichte in der 2. Etage dokumentiert ist.

Irene Runge

Auf ein Wort Frau Senatorin

»Christliche« Gewerkschaften sind nicht tariffähig

Auch für Leiharbeit gelten Tariflöhne der Gewerkschaften

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat im Dezember entschieden: Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) ist nicht tariffähig. Damit hat das höchste deutsche Arbeitsgericht klargestellt, dass Organisationen, die Tarifverträge abschließen, ohne dazu von den Mitgliedsgewerkschaften ausreichend legitimiert zu sein, keine Gewerkschaften im tarifrechtlichen Sinn sind. Die von der CGZP allein abgeschlossenen Tarifverträge sind daher unwirksam. Mindestens 200.000 von 850.000- 900.000 Leiharbeiterinnen und – arbeitnehmer in der Bundesrepublik sind in der Vergangenheit nach Tarifverträgen der CGZP entlohnt worden.

Mit dem Urteil des Gerichts haben die betroffenen Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen nun Anspruch auf die gleiche

Bezahlung wie die Beschäftigten in den Firmen, wo sie eingesetzt werden. Die Unterschiede können hierbei beträchtlich sein! Ein ungelernter Leiharbeiter erhält in der Metall- und Elektroindustrie in Westberlin nach CGZP-Tarif 6,40 Euro Stundenlohn, der festangestellte Produktionshelfer, der neben ihm am Band steht, bekommt 11,82 Euro. Das macht einen Lohnunterschied von 5,42 Euro in der Stunde.

Insgesamt ist diese Entscheidung ein tarifpolitischer Meilenstein und ein großer Erfolg für die Beschäftigten, das Land Berlin, uns als Senatsverwaltung und Ver.di. Damit ist klargestellt, dass die CGZP ausschließlich im Interesse der Arbeitgeber gehandelt hat – und nur zu dem Zweck, Tarifverträge zu äußerst niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen abzuschließen. Zukünftig können in der Leiharbeit nur Gewerkschaften das Tarifgeschehen bestimmen, die die Interessen

ihrer Mitglieder auf angemessene Arbeitsbedingungen und Bezahlung durchsetzen können und wollen. Ob die BAG-Entscheidung in die Vergangenheit wirkt, wird man erst nach Vorliegen der schriftlichen Begründung des Gerichtsbeschlusses beurteilen können. Erst dann ist klar, ob rückwirkend Löhne und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen.



Carola Blum

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

Politische Bildung

21.02.2011, 19:00 Uhr;
Helle Panke, Kopenhagener Str. 9

»Wir sahen nicht zu Unrecht ab«*

* Der Sekretär der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Hans Langendörfer, im «Fuldaer Tageblatt» zur Kritik an der staatlichen Kirchenfinanzierung.

Mit Raju Sharma, religionspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Carsten Frerk, Chefredakteur des Humanistischen Pressedienstes; Moderation: Marian Krüger

23. Februar 2011, 19 Uhr
Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses, Kleine Alexanderstr. 28, 10178, Berlin

Wo bleibt die Wende? - Hat Deutschland aus der Wirtschaftskrise nichts gelernt?

Podium: u.a. Gesine Löttsch (MdB und Parteivorsitzende Die Linke), Prof. Rudolf Hickel (Institut für Arbeit und Wirtschaft), Michael Schlecht (MdB, Die Linke)

DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.dielinke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

Grube sprach viel, nur wenig über die eigene Verantwortung

Bahn muss Verpflichtungen gegenüber Berlin erfüllen

Am 10. Januar fand im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr die Anhörung mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, Herrn Grube, und dem Geschäftsführer der S-Bahn Berlin GmbH zum Thema » Sicherstellung des S-Bahn Betriebs und Verantwortung der Deutschen Bahn« statt. Wie alle anderen Fraktionen ist unsere Fraktion auch mit dem Ergebnis unzufrieden, weil der Vorstandsvorsitzende für die Lösung der Probleme gar nichts Konkretes gesagt und berichtet hat. Man hatte zeitweilig das Gefühl, dass die Probleme zum ersten Mal da gewesen wären und zum ersten Mal sähe sich die S-Bahn Berlin GmbH damit konfrontiert. Schuld daran sind die anderen gewesen, auf keinen Fall das Unternehmen.

Wie Jutta Matuschek, die Verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion die LINKE bei der Plenarsitzung am 13. 01. 2011 darauf hingewiesen hat, sind »DB Netz«, die Verantwortlichen für Schiene, Weichen und Signale nicht in der Lage, die Gleise benutzbar zu halten, übrigens nicht nur in Berlin, sondern bundesweit, wenn es mal ein bisschen schneit oder mal zu heiß wird«.

Obwohl Vieles durch die neue Geschäftsführung der Berliner S-Bahn unternommen wurde, um die Situation zu verbessern und die Missstände aufzuarbeiten, ist der S-Bahn Betrieb von einem sicheren und vollständigen Angebot weit entfernt. Es hat auch keinen Sinn, wenn ständig nur darüber geredet wird, wie viele Fahrzeuge in Betrieb sind, wie viele nicht.

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Deutsche Bahn AG, S-Bahn Berlin GmbH auf, einen verlässlichen Fahrplan zu erarbeiten, den Informationsdienst zu verbessern, die Entschädigungsleistung für die Kunden für Dezember und Januar und für die zu erwartenden Ausfälle für das restliche Jahr zu beschließen und auszuzahlen. Auch auf Bundesebene muss für die Gemeinwohlorientierung des Unternehmens Bahn und des Bahnverkehrs Berlin Sorge getragen werden.



Kadriye Karci

Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus

Das ist das Letzte

Bundespräsident Wulff eröffnete im Januar in der Friedrichstraße eine Stasi-Ausstellung und mahnte, die SED-Diktatur nicht zu verharmlosen. Zur gleichen Stunde feierten die Neonazis in Lichtenberg die Vereinigung von NPD und DVU. Die wollen ihre 11.000 Mitglieder vereint in den Kampf um die »Reinhalung der Rasse« führen. Dazu fiel dem Bundespräsidenten nichts ein. Dem Verfassungsschutz auch nicht. Den Kommunismus-Jägern von der CDU und CSU erst recht nicht.

Um so mehr fällt den Nazis ein. Der Schweriner Fraktionschef der NPD rief zum »politischen Krieg für den biologischen Fortbestand unseres Volkes!« Parteichef Voigt lobte den »Sarrazin-Effekt«, der ihm neue Mitglieder in die Arme treibt. Die millionenfache Auflage dieser »Bibel der Fremdenfeindlichkeit« lässt die Neonazis hoffen, neue Anhänger unter den Konservativen zu finden. Zugleich wird versucht, mit antikapitalistischen Parolen den Linken Wind aus den Segeln zu nehmen. Alles wie gehabt. Dabei haben wir zu Tausenden vor der Synagoge in der Oranienburger Straße gestanden und den »Aufstand des Anständigen« beschworen!

Die Gespensterjagd gegen die Linke läuft hysterisch. Die Verfolgung der Rechtsextremisten läuft versöhnlich. So humpelt Berlin durch die Zeit, als leide sie unter dem Klumpfuß des Herrn Goebbels. Und das, obwohl wir immer noch an beinahe jeder Baustelle die Bomben und Granaten aus der Nazizeit ausbuddeln müssen.

DIE LINKE formiert sich zur Wahl im September. Das Rote Rathaus braucht die rote Mehrheit. Je mehr Linke im Stadtparlament, um so sozialer wird die Hauptstadt. Gelb ist nicht zu retten. Grün ist nicht zu trauen. Schwarz ließ Berlin nur röcheln. Rosa verblasst mit anderen Farben. Man muss ja nicht rot sein, um ROT zu wählen. Es genügt, dass man klug ist und mehr Mut als Wut hat. Wenn DIE LINKE mehr Muskeln bekommt, wird den Rechten die Luft knapp. Berlin kann dann aufatmen.

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337, E-Mail-Adresse: info@dielinke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 25.01.2011

Ausgabetag für Nr. 3/11 – 3.3.2011

mittendrin · 2/2011

»Berlin Energie«

Strom- und Wärmeversorgung soll wieder in öffentliche Hand

Wie sollte die partizipative Gestaltung der künftigen Energiewirtschaft auf kommunaler Ebene aussehen? Diese Frage stellten sich die Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung in der Lounge im Turm, zu der Klaus Lederer am 12. Januar geladen hatte.

»Kommunismus light« verhöhnt der Ökonom Klaus Kocks die Geschäftsmodelle, welche die Daseinsvorsorge zurück in die Öffentliche Hand holen sollen. Berlin Energie ist eines dieser Projekte, die die privaten Stromkonzerne gern mit einem ignoranten Lächeln aus dem Blickfeld des Bürgers verschwinden lassen würden. Denn das innovative Projekt hat das Potenzial, Sorgenfalten auf der Stirn der Geschäftsführung von Vattenfall zu erzeugen. Gegenwärtig hat das von Wirtschaftssenator Harald Wolf geförderte Projekt die Kapazität, etwa 300 000 Haushalte mit Strom und rund 50 000 mit Wärme zu versorgen.

Kein großer Wurf mögen Skeptiker anmerken und mit klimafreundlichen Energieerzeugungsmodellen stehen schon andere parat. Berlin Energie trifft jedoch den Zeitgeist an anderer Stelle. Das Zauberwort heißt Bürgerbeteiligung. Mehr Demokratie, mehr Einfluss

und Kontrolle durch den Bürger, das macht den zentralen Aspekt des linken Projektes aus. Im Vordergrund steht nicht, einen Energieversorger zu schaffen, der zu 100 Prozent in öffentlichem Besitz ist. Vielmehr möchten die Initiatoren von Berlin Energie den Bürger stärker in strategische Entscheidungen des künftigen Unternehmens einbinden. Derzeit denkt man darüber nach, Bürgern den Kauf von Anteilen an den Energieerzeugungsanlagen zu ermöglichen oder Kundenvereine und -beiräte einzurichten.

Neue Inspiration für mehr bürgerliche Mitbestimmung lieferte, man mag es kaum glauben, die Stadt Sacramento in Kalifornien. Sie ist Vorreiter in Sachen direkter Wirtschaftsdemokratie. Die Bürger Sacramentos wählen nun schon seit etwa 40 Jahren den Vorstand ihres kommunalen Energieversorgers direkt. Richtungsweisende Entscheidungen des Unternehmens trifft die Stadt per Volksreferendum. Zusätzliche Transparenz erhielt Berlins öffentlicher Energieversorger durch Internetübertragungen der Vorstandssitzungen a la Stuttgart 21.

Berlin Energie ist viel Hoffnung, große Erwartung – aber auch eine reale Chance!

Christian Otto

Wir gratulieren im Februar zum Geburtstag!

- Zum 94.** Gertrud Markus
- zum 89.** Ruth Schade
- zum 87.** Rosemarie Bender, Georg Pfeuffer, Hanna Podymachina,
- zum 86.** Brigitta Busch
- zum 84.** Rosemarie Belda, Eva Gumpel, Liane Isberner, Horst Tinz
- zum 83.** Anneliese Lindner
- zum 82.** Hans-Joachim Buchwald, Edith Kehr, Eberhard Röhner, Edith Wagner
- zum 81.** Ursula Grüneberg, Siegfried Schiller, Karl Seidel, Hans-Christian Teubner
- zum 75.** Rolf Richter, Käthe Wetzels, Manfred Wolf

»Fabrikaktion«

Zum 68. Mal jährt sich im Februar, was als »Fabrikaktion« und mutiger Frauenprotest in der Geschichtsschreibung der Stadt Berlin verankert ist. Am 27. und 28. Februar 1943 verhaftete die Gestapo über 8000 der durch Mischehen und andere bürokratische Wendungen in Berlin verbliebenen Jüdinnen und Juden. Sie wurden in sechs Berliner »Sammelstellen« verbracht, 6000 von ihnen in Auschwitz ermordet, 2000 kamen in das Verwaltungsgebäude der Berliner Jüdischen Gemeinde Rosenstraße 24. Hier forderten Frauen und Angehörige der Verhafteten, tagelang die später erfolgende Freilassung ihrer Männer und Väter. Die Frauen der Rosenstraße bewiesen, dass Widerstand möglich und sinnvoll war.

Gedenkveranstaltung am Montag, 28. Februar 2011 um 16 Uhr, Rosenstraße Berlin Mitte an der Skulptur der Bildhauerin Ingeborg Hunzinger »Frauenprotest in der Rosenstraße«. Kurze Ansprachen, Kel Male Rachamim, Kaddisch

Sonntag, 27. Februar, 11 Uhr

Film Rosenstraße (Regie Margarete von Trotta, D 2003). Anschließend Gespräch. Filmtheater Babylon. Rosa Luxemburg Platz

Montag, 28. Februar, 17 Uhr

»Nichts wird vergessen. Gedenken ohne Zeitzeugen. Die Rosenstraße 1943«

Gespräch mit Vera Friedländer, Prof. Andreas Nachama und Dr. Mario Offenberger Anne-Frank-Zentrum, Rosenthaler Straße 38

